# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 3. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31me rue de Hambourg. — Italien: Haasenstein & Vogler, Jul. Reichhardt, Adolf Steiner, William Pitkens. — Berlin: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Jul. Reichhardt, Adolf Steiner, William Pitkens. — Berlin: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — München: C. Harwerdt. —

**Nr. 92. [37. Jahrgang.]** **Berlin, Donnerstag den 21. April 1898.** **[37. Jahrgang.] Nr. 92.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark**, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition, Wilhelmstraße 32, Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die Post-Spezialitionen von **4 Mark 40 Pf.** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32**, zu richten, und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 2346.



Für die Monate **Mai** und **Juni** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die

**„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"**

zum Preise von 2 Mark 67 Pf. entgegengenommen; — in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32, außerdem bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. Pusch, Kanal 10.


## Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 20. April.

Das in **Shanghai** am Montag Abend vom Taotai zu Ehren Sr. königl. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen veranstaltete Bankett war zahlreich besucht und nahm einen äußerst glänzenden Verlauf. Vor dem bereits gemeldeten Empfange des Konsuls hatte Se. königl. Hoheit vorgestern den Besuch des Taotai erwidert; später wurden die Mitglieder des Municipalrathes, sowie hervorragende Mitglieder der deutschen Kolonie empfangen. Gestern fand zu Ehren Sr. königl. Hoheit ein Frühstück und Abends im deutschen Klub eine Tanzfestlichkeit statt. Die Abreise Sr. königl. Hoheit ist für Donnerstag beabsichtigt. Die obersten Beamten haben dem Prinzen Heinrich werthvolle Geschenke überreicht.

### König Albert-Feier.

Wie aus Dresden gemeldet wird, empfing Se. Majestät der König Albert gestern eine Deputation, aus 22 Mitgliedern, zumeist Bürgermeistern, bestehend, des sächsischen Gemeindetages unter Führung des Ober-Bürgermeisters Beutler-Dresden, welche dem Könige eine Urkunde über 516 einzelne Stiftungen mit einem Gesammtkapital von rund 4 790 000 ℳ zu wohlthätigen Zwecken verschiedenster Art überreichte.

Außerdem wurden 38 andere Deputationen empfangen, deren Führer an Seine Majestät kurze Ansprachen richteten, auf welche König Albert huldvollst erwiderte.

*

Wie wir erfahren, gedenkt der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe, sich am 29. d. M. zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach Dresden zu begeben, um Se. Majestät den König von Sachsen mit einer Abordnung des Bundesraths die Glückwünsche dieser hohen Körperschaft abzustatten.

Der **Bundesrath** hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1898 in zweiter Lesung genehmigt und dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Branntweinsteuergesetzen, sowie der Vorlage, betr. die Verleihung von Konzessionsrechten an die Pangaugesellschaft zu Berlin, den Ausschußanträgen, betr. den Zollvergütungskostensatz für Bremen, und dem Gesetzentwurf, betr. die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches in Elsaß-Lothringen, die Zustimmung ertheilt. Ueber die Vorlage vom 30. März d. J., betr. die Erlaubniß als Auswanderungshafen zu zwei weiteren Personen, wurde Beschluß gefaßt, die Wahl von drei Mitgliedern der Kommission für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes angenommen und ein Antrag, betr. die Besetzung der Präsidentenstelle bei der Disziplinarkammer für elsaß-lothringische Beamte in Colmar, genehmigt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Reichsmilitärgesetznovelle zu dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 12. Mai d. Js., zu den Ueberschriften der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete für 1898/99, 1899/00 und 1900/01, zu den Rechnungen über den Haushalt der Schutzgebiete von Kamerun und Togo sowie des südwestafrikanischen Schutzgebiets für 1892/93 und 1893/94 und zu der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für 1893/94; ferner der Antrag Preußens, enthaltend Abänderungen des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und des Gesetzes vom 21. Juni 1887; endlich die Beschlüsse des Landesausschusses zu den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Elementarschulen und über die Ruhegehaltsgesetze. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

### Das amerikanische Ultimatum.

Die Resolutionen des Kongresses der Vereinigten Staaten sind gestern Nachmittag um 1 Uhr 30 Minuten im Weißen Hause eingetroffen. Es fand darauf eine Berathung des Kabinets statt, welche anderthalb Stunden dauerte. Es wurde beschlossen, den Wortlaut des Ultimatums festzustellen; hinsichtlich der Länge der Spanien für die Erfüllung der Ultimatumsforderung zu gewährenden Frist zeigten sich jedoch Meinungsverschiedenheiten. Einige Ministers waren für 94 Stunden Frist, andere für eine solche von 48 Stunden; der Präsident Mac Kinley für 5 Tage. Die Frage ist, wie es scheint, noch unentschieden geblieben. Wenigstens wird als Ergebniß einer erneuten Berathung des Kabinets, welche am Abend stattfand, nur gemeldet, Präsident Mac Kinley werde heute Vormittag die von dem Kongreß beschlossenen Resolutionen sowie das an Spanien zu richtende Ultimatum unterzeichnen. Die Unterzeichnung erfolgt gleichzeitig, weil beide Schriftstücke einen einzigen Akt bilden sollen.

Der Vorschlag einer Frist von zwei oder drei Tagen, welche Spanien zur Erfüllung des Ultimatums gewährt werden soll, wird, einem Washingtoner Drahtberichte des „Reuterschen Bureau" zufolge, damit erklärt, daß diese Frist nothwendig sei, um die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zum Vorrücken gegen einen kubanischen Hafen bereit zu machen. Die Regierung wünsche nämlich, daß ein solches Vorgehen sofort nach der Weigerung Spaniens, das Ultimatum zu erfüllen, erfolge. Die Möglichkeit, daß Spanien einerseits das Ultimatum sofort mit einem kategorischen Nein beantworten und gleichzeitig seine Schiffe vorrücken läßt, die Möglichkeit also, daß Spanien die strategische Initiative ergreift, scheint von den Amerikanern gar nicht in Rechnung gestellt zu sein. Dies wird auch sehr begreiflich, wenn Spanien wirklich in den kubanischen Gewässern nur einige Kreuzer zweiter Klasse und einige Kanonenboote stationirt hat, die Hauptmacht der spanischen Marine aber nach in Cadiz liegt, etwa 3500 englische Meilen von Havana entfernt.

Das allgemeine Vorrücken der amerikanischen Truppen nach den Mobilisirungszentren des Südens gemäß den Befehlen vom 15. April hat gestern überall begonnen. Im Senat wurde ein Plan des Kriegsministers vorgelegt, nach welchem die nationalen Streitkräfte in zwei Theile getheilt werden, nämlich reguläre Truppen und Freiwillige. Letztere sollen nur für die Dauer eines Krieges oder wegen eines drohenden Krieges aufgeboten werden. Die Dienstzeit soll 3 Jahre dauern, es sei denn, der Krieg würde schon früher beendet. Alle waffenfähigen Leute im Alter von 19 bis 45 Jahren bilden die nationalen Streitkräfte. Dem Vernehmen nach soll ein Gesetzentwurf vorbereitet werden, durch welchen dem Präsidenten Mac Kinley 200 000 Mann zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der spanische Gesandte Bernabé wird aus Washington abreisen, sobald er die Notifikation erhält, daß die Resolutionen unterzeichnet seien.

### Regierung und Parlament in Spanien.

In einer gestern Nachmittag im Senate abgehaltenen Versammlung der Mitglieder der Mehrheiten beider Kammern hielt Ministerpräsident Sagasta eine Rede, in der er sagte, der Augenblick sei so ernst, die Umstände seien so schwerwiegend, daß Thaten und nicht Worte, daß Handlungen, nicht aber Reden nöthig seien, um dem gegenwärtigen Konflikte die Spitzen zu bieten. Mit Verleumdung suche man die glorreiche Geschichte Spaniens zu beschmutzen. Die spanische Regierung habe Alles gethan, was möglich war, um den Krieg zu vermeiden, zu dem man Spanien reize, Alles, was die Ehre und die Integrität des Vaterlandes erlaubten. Noch zuletzt habe Spanien dem Drängen des Papstes und der Großmächte nachgegeben; jetzt aber gedenke man die Ehre Spaniens zu verletzen und sein Gebiet zu bedrohen: das würden die Spanier niemals zulassen. (Lebhafter Beifall.) Es sei jetzt nicht der Augenblick, parlamentarische Programme aufzustellen; alle Spanier müßten jetzt, wie es die Vorfahren gegenüber jedem Angriff auf spanisches Gebiet gethan, sich vereinigen. Die Kammern müßten sich schleunig konstituiren, um der Regierung die Mittel zu geben, die heiligen Interessen des Landes zu vertheidigen. „Spanien", fügte Sagasta hinzu, „wird sich kein Stück seines Gebietes ungestraft nehmen lassen, noch zugeben, daß ein Stück seines Gebiets als Handelsgegenstand diene." (Begeisterter Beifall.) Silvela erklärte in einer Versammlung der Konservativen, daß er die Regierung unterstützen werde, deren Prosefte er zu billigen anräth. Die Republikaner haben in einem Schreiben einen Appell an den Patriotismus Castelars gerichtet, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu betheiligen. Die Republikaner, heißt es in dem Schreiben, werden ihre Ueberzeugung zum Opfer bringen, um die Souverainetät der Spanier auf den Antillen zu retten.

### Kuba.

Der „Agencia Fabra" zufolge, neigt man in Madrid vielfach zu der Auffassung, daß die Abstimmung der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses, durch welche der Passus, betreffend die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas, aus der dem Präsidenten zugestellenden Resolution gestrichen wurde, dazu beitragen werde, viele Aufständische zur Unterwerfung zu veranlassen, welche Gegner der Intervention der Amerikaner sind. Man muß sich vergegenwärtigen, daß mehrere hervorragende Aufständischen-Führer wiederholt erklärten, sie würden die Vereinigten Staaten bekämpfen, wenn sie Beherrschung durch die Vereinigten Staaten vorziehen. Zwischen Vertretern der Kolonialregierung auf Kuba und den Hauptführern der Aufständischen werden lebhaft Verhandlungen betrieben, um die Unterwerfung der Letzteren auf der Basis einer neuen Zugeständnisse im Rahmen des Kuba verliehenen autonomen Regimes zu erreichen.

Gleichzeitig veröffentlicht die „Agencia Fabra" folgende aus Havana in Madrid eingetroffene Depesche: Vom Aufständischen-Heere haben sich ein Oberst, drei andere Offiziere und 22 Mann in Generale Aguirre unterworfen und dabei mitgetheilt, im Lager der Aufständischen herrsche allgemeine Entrüstung gegen Regierung und Kongreß der Vereinigten Staaten."

### Erklärung der britischen Regierung.

In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses gab der Erste Lord des Schatzes, Arthur Balfour, mit Bezug auf die Betheiligung Englands an den Bemühungen der europäischen Diplomatie für Erhaltung des Friedens nachfolgende Erklärung ab: Der Botschafter in Washington, Pauncefote, wurde Ende März ermächtigt, sich den Vertretern der übrigen Großmächte betreffs freundschaftlicher Vorstellungen bei der Regierung der Vereinigten Staaten anzuschließen unter der Voraussetzung, daß wir vor Allem Sicherheit dafür hätten, daß es wahrscheinlich, daß derartige Vorstellungen würden gut aufgenommen und von Nutzen sein. In Folge dessen schloß sich Pauncefote den Vorstellungen der übrigen Vertreter der Mächte an. Der britische Geschäftsträger in Madrid that am 5. April den Vertretern der übrigen Mächte bei und drückte in mündlichen, identischen Vorstellungen die Ansicht aus, die spanische Regierung würde gut thun, die Suspendirung der Feindseligkeiten zu bewirken, eine Suspendirung, die zu ehrenvollen Bedingungen zu Gunsten des Friedens auf Kuba führen könnte. Der Abg. M. Dadiz sagte an, daß diese Vorstellungen nicht bei der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten als ungerechtfertigte Einmischung in die eigenen Angelegenheiten Mißfallen erregt hätten. Balfour erwidert, er bezweifle das (Beifall), würde es aber bedauern, wenn es der Fall wäre. Auch könnte nur Mißdeutung des englischerseits gethanen Schrittes vorliegen. Die Pauncefote gegebenen Weisungen würden dem Hause die Ueberzeugung beibringen, daß England sich nicht unnöthiger Weise aufgedrängt habe.

Unter der Ueberschrift „Deutschland und die Kuba-Frage" schreiben die „Hamburger Nachrichten":

„Die Haltung Deutschlands gegenüber dem spanisch-amerikanischen Konflikte bildet den Gegenstand zahlreicher Erörterungen in der Presse. Es ist selbstverständlich, daß sich die amtliche Berliner Politik von jeder Parteinahme für eine der beiden streitenden Parteien fernhält. Die Deutsche Reich hat nicht die Aufgabe, zu untersuchen, auf welcher Seite in dem entstandenen Konflikte das Recht ist, und danach Stellung zu nehmen. Es handelt sich bei derartigen Vorgängen überhaupt weniger um Rechts- als um Machtfragen, zu deren Beurtheilung privatrechtlichen Anschauungen kein Maßstab zu entnehmen ist. Der Privatmann mag nach der Meinung des Friedens Streitigkeiten mit Entrüstung als brauchbar, annehmen und dahgierig beurtheilen; der Staatsmann hat sich darum nicht zu kümmern, sondern nur den ausgebrochenen Streite gegenüber die für Deutschland nützlichste Politik einzuschlagen. Alles Andere ist auch hier Sache, weil ein direktes deutsches Interesse an der Erledigung der kubanischen Angelegenheit nicht besteht. Es kann uns gleichgültig sein, ob Kuba spanisch, amerikanisch oder eine selbstständige Republik ist.

Außer der Uninteressirtheit Deutschlands an der kubanischen Frage sind es die Rücksicht auf die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen und auf die zahlreichen Erörterungen in der Presse, welche das Reich zur sorgfältigsten Neutralität bestimmen. Deutschland kann auf humanitären und auch wirthschaftlichen Gründen den Wunsch eines Krieges zwischen Spanien und Amerika verhüten helfen; aber wenn dieser Zweck nicht zu erreichen ist, so bleibt für die deutsche Politik nichts übrig, als die Dinge ihren Gang gehen zu lassen. Subjektive Empfindungen und Gefühle, mögen sie an sich noch so berechtigt sein, dürfen auf die amtliche Politik Deutschlands nicht abfärben. Auch der prinzipielle Widerspruch gegen die amerikanische Annexion, wie sie sich bei der Einmischung in die spanisch-kubanische Angelegenheit im Speziellen und bei der Monroe-Doktrin im Allgemeinen zu Tage tritt, darf die Haltung Deutschlands nicht beeinflussen."

Die „Hamburger Nachrichten" wenden sich dann gegen die Uebertreibungen der Monroe-Doktrin und schließen:

„Gibt die Dinge liegen, kann Deutschland mit der Gelassenheit des unbetheiligten Zuschauers die weitere Entwickelung der Dinge abwarten und sich darauf beschränken, vorkommenden Falles deutsche Interessen vor Verletzungen zu schützen. Ob und in welchem Maße das Reich an Schritten Theil zu nehmen hätte, zu denen sich die übrigen Mächte in Folge des Ganges der Ereignisse bestimmt sehen könnten, würde von den Umständen abhängen."

Das Komité, das die **Kommission gewerblicher Sachverständigen nach Ostasien** entsandt hat, trat vorgestern, um 10 Uhr Vormittags, unter dem Vorsitz des Geheimen Ober-Regierungsrath Wermuth im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Um 12 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, um die Ausstellung der Musterssammlung, über die wir bereits ausführlich berichtet haben, in Augenschein zu nehmen. Zu diesem Zwecke fand sich auch der Staatssekretair des Reichsamts des Innern, Staatsminister Graf v. Posadowsky ein. Im Namen des Komités begrüßte ihn der Generalsekretair des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Landtagsabgeordneter Buck, indem er die Aufgaben und die Thätigkeit der Kommission kurz schilderte und auf die im hohen Maße befriedigenden Resultate ihrer mühsamen, eifrigen und verständnißvollen Thätigkeit hinwies. Der Herr Minister erwiderte in längerer Rede, in der er insbesondere der Hoffnung Ausdruck gab, daß der erfolgreiche Verlauf dieser ersten unter Zusammenwirken der Regierung und der Interessenten von Deutschland entsandten Handelskommission dazu beitragen möge, daß auch nach anderen Ländern ähnliche wirthschaftliche Fortfhungzerpeditionen entsandt würden. Der Herr Minister besichtigte die Ausstellung eingehend fast zwei Stunden lang und bezeugte durch viele Fragen sein lebhaftes Interesse an den zahlreichen ausgestellten Gegenständen und den Erläuterungen, welche die Mitglieder der Kommission dazu gaben. Nach der Besichtigung der Musterssammlung, über die alle Herren ihre große Befriedigung aussprachen, nahm das Komité unter Zuziehung der Kommissionsmitglieder die Berathung insbesondere über die weitere Verwerthung der von der Kommission erzielten Resultate wieder auf. Am Abend vereinigten sich sämmtliche Herren zu einem Festessen im Kaiserhof.

## Ausland.

### Rundschau.

Die heute im **österreichischen** Abgeordnetenhause unterbreiteten Ausgleichsvorlagen mit Ungarn umfassen die Reform der Verzehrungssteuer, die Fortführung der Währungsreform, die Abänderung des Bankstatuts und die Erneuerung des Zoll- und Handelsabkommens. Die Reform der Verzehrungssteuer bezweckt die Steigerung der Staatseinnahmen, die Hebung der Finanzlage der Königreiche und Länder und die Verbesserung der Lage der betreffenden Unternehmungen und Betriebe. Aus dem Ertrage der Branntweinsteuer und der Biersteuer sollen 10½ Millionen den Ländern überwiesen werden. Die Netto-Mehreinnahme für den Staatsschatz wird auf 39 Millionen veranschlagt. Die Zuckersteuer wurde auf 19 Gulden erhöht. Die 19 Millionen Summe der Zulagen für Exportprämien werden 6 Millionen für die Rückzahlung der Ausfuhrprämien. Ueber dieses Maximum hinaus wird ein neuer Verrechnungsmodus vorgeschlagen, nach welchem die großen Fabriken mehr, die kleineren weniger ersetzen werden. Die Konsumsteuer fließt den Ländergebieten zu, in denen der thatsächliche Konsum erfolgt. Der Mineralöl-Zoll wird zum Schutz der inländischen Roh-Petrol-Produktion auf 3½ fl. erhöht. Behufs Fortführung der Währungsreform schlägt die Regierung die Einziehung der restlichen 119 Millionen Staatsnoten vor durch Goldanlage des Staates bei der Bank von Oesterreich-Ungarn, Ersetzung derselben durch 64 Millionen 5 Kronen-Silbermünzen und 108 Millionen 10 Kronen-Banknoten, ferner die Einziehung der 70 Millionen Salinenscheine durch ein 3½prozentiges Anlehen. Nach der Bankvorlage soll die Betheiligung des Staates an dem Gewinne anstatt bei 7 schon bei 4 pCt. beginnen. Die 80 Millionenschuld wird herabgesetzt auf 30 Millionen durch Rückzahlung von 30 Millionen seitens Oesterreichs und Abschreibung des Restes durch die Oesterreichisch-Ungarische Bank. Die wesentlichsten Neuerungen des Zoll- und Handelsbündnisses beziehen sich auf die Revision des Zolltarifes bei Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903, auf die Aufhebung des Mahlzwanges und auf Eisenbahntariffragen. In die auswärtige Vertretung würden Fachmänner entsendet. Neben der ungarischen würde eine österreichische Waarenstatistik angelegt werden. Gegen die Verfälschung der landwirthschaftlichen Artikel, insbesondere der Kunstweine, würden Schutzmaßregeln eingeführt.

Der „Agence Havas" wird aus **Athen** gemeldet, die Räumung Thessaliens werde, da die Finanzdelegirten am 23. d. M. in Paris zusammentreten, an diesem Tage beginnen; die Räumung werde sonenweise vor sich gehen; die erste Zone werde zehn Tage nach dem 23. April geräumt sein.

Nachrichten zufolge, die aus **Kumanowo** in Belgrad eingetroffen sind, wäre es daselbst am griechischen Ostersonntage zu Blutvergießen gekommen. Auf Verlangen der zum bulgarischen Exarchat Gehörigen hätten die türkischen Behörden eine Militärabtheilung von 400 Mann entsendet, um die Serben, welche die Kirche nebst Umgebung besetzt hielten, zu vertagen. Gegen dreißig der angesehensten Serben wären verwundet worden. Sieben leichter verwundete Serben haben sich, um Klage zu führen, zum Wali nach Uesküb begeben, welcher eine die Serben herausfordernde Abhülfe versprochen habe. Eine Untersuchungskommission sei sofort nach Kumanowo entsendet worden, wo die Kirche geöffnet wurde. Die Serben verharren auf ihrer Forderung, daß die Reihenfolge des Gottesdienstes zwischen den dem bulgarischen Exarchat Angehörigen und den Patriarchatstreuen wieder eingeführten.

Der **schweizerische** Ständerath hat die Vorlage, betreffend die Bundesgarantie der Anleihen von 60 Millionen Francs für den Simplondurchstich, angenommen.

„Daily Telegraph" meldet aus **Athen** vom gestrigen Tage: Die Besatzung eines von Sphendi nach Dakala zurückgekehrten Kanonenboots berichtet von einem Gefecht mit Theilen der flüchtigen Armee Mahmuds in der Nähe von El Miah. 200 Derwische sollen getödtet und 70 gefangen genommen worden sein.

Die gestrige Nachricht vom Tode des früheren Präsidenten von **Venezuela**, General Crespo, scheint sich zu bestätigen. Wie f. Zt. mitgetheilt, hatte sich General Hernandez, der als Präsidentschaftskandidat nur wenige Stimmen erhalten hatte, gegen die Regierung erhoben. Crespo setzte ihn in Haft, gab ihn aber wenige Tage vor seinem Rücktritt wieder frei. Sofort verließ Hernandez heimlich Caracas, sammelte in aller Stille bei Valencia Gesinnungsgenossen und erließ eine Proklamation, in der er die Wahl Andrades für ungesetzmäßig erklärte und das Land zum Aufstand gegen den neuen Präsidenten, Ignacio Andrade, der am 2. März sein Amt antrat, aufrief. Diese Erhebung kam der Regierung völlig unerwartet. General Crespo zog mit 800 gut bewaffneten Soldaten gegen Hernandez aus und es galt als sicher, daß letzterer mit seinen schlechtbewaffneten Leuten schwerlich werde Stand halten können. In zwei Wochen hoffte die Regierung den Aufstand niedergeschlagen zu haben. In dem Kampfe gegen die Aufständischen ist nun General Crespo nach der „World" gefallen. Seinen Nachfolger in der Präsidentschaft, Andrade, hielten übrigens viele Politiker nur für einen Platzhalter für Crespo bis zum Jahre 1901. Jedenfalls war die Wahl Andrades das Werk Crespos, wie dieser überhaupt in der Republik in den letzten Jahrzehnt die hervorragendste politische Rolle spielte. Aus dem heftigsten Bürgerkrieg, den Venezuela je durchgemacht und der im Jahre 1869 ausgebrochen war, ging Crespo nach vielen schweren Kämpfen als Sieger hervor, und blieb alsdann, nachdem er zuvor als Diktator geschaltet hatte, vier Jahre Präsident, vom 5. März 1894 bis zum 2. März 1898. Wie der gegenwärtige Präsident Andrade, so war auch Crespo ein Freund der Deutschen.

### Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 19. April. Kaiser Franz Josef reiste Abends zur Feier des silbernen Hochzeit des Prinzen und der Prinzessin Leopold von Bayern nach München ab, von wo er sich am 23. April nach Dresden zur Feier des 70. Geburtstages des Königs von Sachsen begiebt. In Freiberg wird der Kaiser vom sächsischen Ehrendienst empfangen werden. In Dresden schließen sich die Suite des Kaisers, der Minister des Aeußeren Graf Goluchowski und Sektionschef Mercy an, welche Wien am 21. April verlassen. — Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Ministerialverordnung, wonach zur Verhütung der Einschleppung der San José-Schildlaus im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die Einfuhr von lebenden Pflanzen, Pflanzenhölzern und Früchten, welche zur Verpackung solcher dienten, sowie die Einfuhr von frischem Obst und Obstabfällen, insofern die Untersuchung an der Eingangsstelle, das Vorhandensein der San-José-Schildlaus konstatirt, aus Amerika von heute ab verboten wird. Der Ackerbauminister wird bezüglich des Pflanzenzufuhrverbots ermächtigt, unter den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln Ausnahmen zu bewilligen. — Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Ministerialverordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Saccharin und ähnlichen künstlichen Süßstoffen, sowie die Modalitäten der Einfuhr derselben für Apotheker und Drogenhändler.

### Großbritannien.

* **London**, 19. April. Die streikenden walisischen Kohlengrubenarbeiter hielten gestern eine Konferenz in Cardiff ab. Mit einer Mehrheit von 54 110 Stimmen wurde beschlossen, den Vertretern seine Plenipotentiarvollmacht zum Abschluß eines Friedensvertrages mit den Bergwerksbesitzern zu gewähren. Die Verhandlungen waren wiederum gestern. Der Delegirte Morgan von Aberdare bemerkte, daß gegenwärtig 40 000 südwalisische Kohlengrubenarbeiter eine Lohnerhöhung erhalten hätten. Wenn Kleine Zechen eine solche gewähren könnten, weshalb sollte es größeren nicht möglich sein? Für Plenipotentiargewalt stimmten gestern in Cardiff 20 538 Arbeiter, gegen deren Vertreter, dagegen 74 848. — Die schottischen Grubenbesitzer in Banarthire beschlossen gestern in Glasgow, ihren Arbeitern weitere 6 d Lohnerhöhung zu gewähren. Damit wird der von den Arbeitern verlangte Schilling voll. Somit werden heute die Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der Streik ist kurz gesagt. Seit letzten Montag kommen ca. Unter den Kohlengrubenarbeitern von Midlothian und Haddingtonshire in Schottland gährt es auch. Noch ruht die Arbeit nicht. Aber sie möchten auch gern ihren Lohn um 1 St. bessern. Die schottische Kohlenindustrie hat von den westschottischen Streik großen Nutzen gehabt. Von Schottland sind in der letzten Woche 212 870 Tons Kohlen verschifft worden, gegen 163 380 Tons in derselben Woche des Vorjahres. Der Streik ist natürlich nicht die einzige Ursache. — Der Nationale Arbeiterverein der Bergleute, welchem auch die Arbeiter von Northumberland und Durham angehören, hält zur Zeit seine Jahreskonferenz in Durham ab. Den Vorsitz führt der Parlamentsabgeordnete Burt. Die große Frage, ob Gewerkvereine allein im Stande sind, den Schwachen selbst gegen eine Koalition der Arbeitgeber zu schützen, beantwortete Burt bejahend. Trotzdem möge es der Gesetzgebung nicht verwehrt sein, erforderlichenfalls einzuschreiten. In die Tagesordnung eintretend, behandelte die Konferenz zuerst die von Sir Charles Dilke im Parlament eingebrachte Bergwerksbill. Im Allgemeinen fand die Bill Anklang. Widerstand erhob sich gegen die Bestimmung, daß Niemand in einem Bergwerk arbeiten solle, welcher nicht seine Bergmannsausbahn vor dem 18. Lebensjahr begonnen habe. Die Konferenz war auch dagegen, daß Maschinisten und junge Leute unter 21 Jahren nur acht Stunden täglich arbeiten sollten.

### Frankreich.

* **Paris**, 19. April. Präsident Faure ist heute Mittag wieder hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von sämmtlichen Ministern empfangen worden. Das Kriegsgericht, das sich heute sowohl als Körperschaft, wie im Namen der einzelnen Mitglieder für den Zola-Prozeß als Zivilpartei anmeldete, machte bei der Staatsanwaltschaft in Versailles 29 Zeugen namhaft, darunter die Generale Gonse, Gonse und Pellieux und andere Offiziere, ferner Schriftsachverständige und schließlich auch Demjenigen, denen seitens der Dreyfus-Partei ein Bestechungsantrag gemacht sein soll.

### Niederlande.

* **Haag**, 20. April. In der Zweiten Kammer wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die Aufnahme einer 3prozentigen Anleihe im Betrage von 45 Millionen Gulden. Die Anleihe soll zur Rückzahlung der für Niederländisch-Indien aufgenommenen Anleihen dienen und durch eine Annuität von 4 pCt. in 47 Jahren amortisirbar sein. Diese Anleihe soll nicht emittirt werden, wenn Fragen der auswärtigen Politik oder andere ungünstige Umstände dagegen sprechen.

### Türkei.

* **Konstantinopel**, 19. April. Der Palastsekretair Dschewad Pascha ist bereits heute nach Petersburg abgereist. Derselbe überbringt dem Kaiser Nikolaus ein Handschreiben des Sultans sowie Geschenke, bestehend in Pyrzellanvasen und Tabak. Wie von russischer Seite behauptet wird, hat die Mission Dschewads keinen politischen Zweck. — Der bulgarische Agent Markow erneuerte gestern im Yildiz-Kiosk die Versicherungen, betreffend das soeben Verhalten Bulgariens, und machte die Mittheilung, daß Bulgarien die gewünschten militairischen Maßregeln zur Verhinderung des Grenzübertrittes treffe. — Der französische Botschafter Cambon kehrt morgen hierher zurück.

### Montenegro.

* **Cetinje**, 19. April. Auf ein vom Fürsten Nikolaus an den Kaiser von Rußland anläßlich der Osterfeiertage abgesandtes Glückwunschtelegramm lief vom Kaiser von Rußland folgende Antwort ein: „Ich beglückwünsche Eure Hoheit aufrichtig zu dem hohen Feste und habe das Vertrauen, daß das Andenken Geschenk die Brüderlichkeit unserer beiden Völker noch mehr befestigen werde."

## Deutsches Reich.

### Hof- und Personal-Nachrichten.

* Wie aus Homburg v. d. H. gemeldet wird, ist Seine Majestät der Kaiser gestern Vormittag dort wieder eingetroffen und von Ihrer Majestät der Kaiserin auf dem Bahnhofe empfangen worden.

* In München ist Se. Majestät der Kaiser Franz Josef heute früh 7 Uhr eingetroffen und auf dem Bahnhofe von Ihren